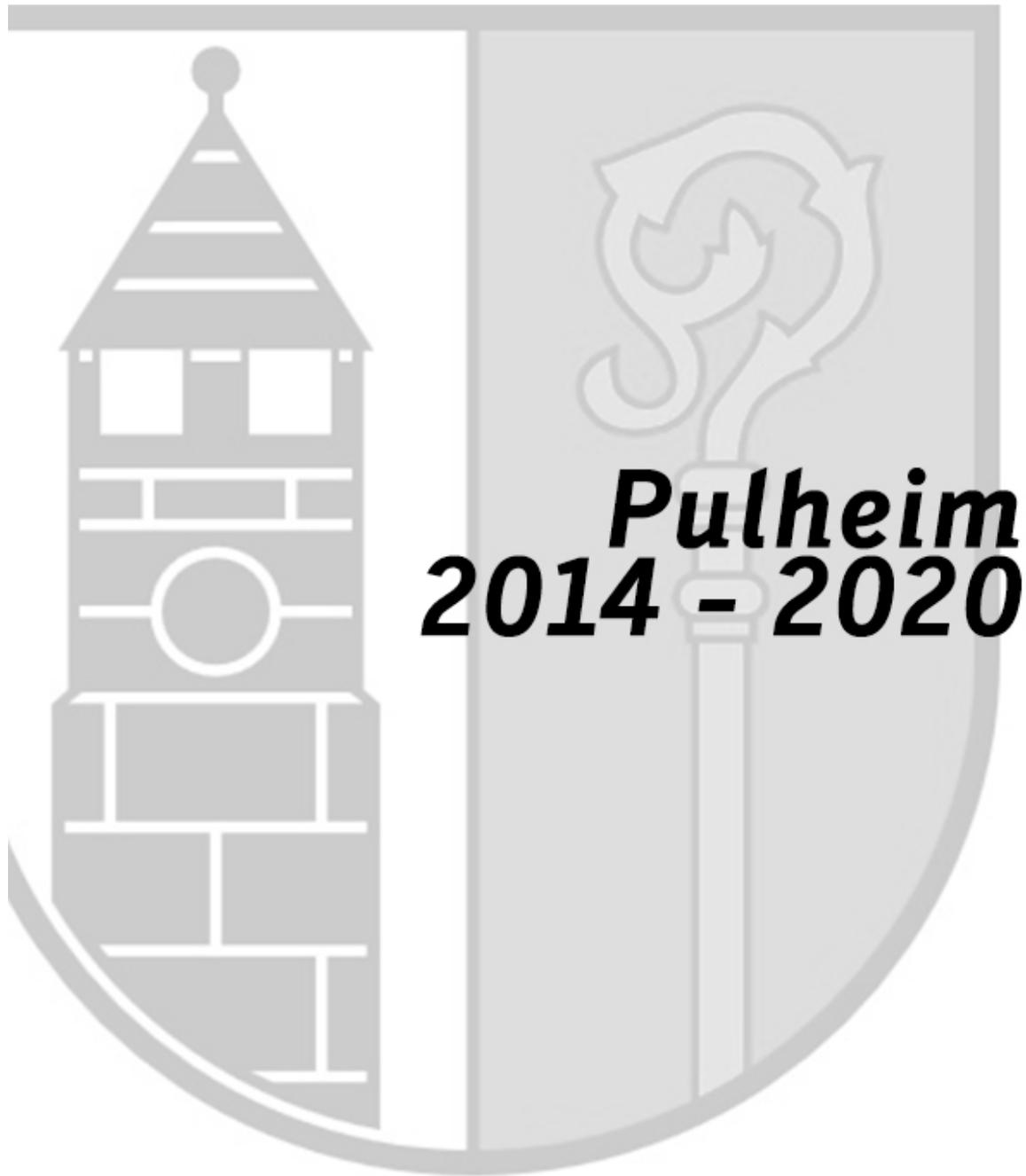


# ***Koalitionsvertrag***



**CDU**



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



## **Präambel**

*Die CDU und Bündnis 90/Die Grünen streben für Pulheim eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Pulheim an.*

*Die Grundlage für eine positive Entwicklung der Stadt Pulheim bilden eine solide Haushaltslage und eine nachhaltige Finanzpolitik, auch für die Gestaltungsmöglichkeiten der nachfolgenden Generationen. Daher soll die Wirtschaftsförderung weiter intensiviert werden.*

*Mit Blick auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Verantwortung und unter Beachtung der Generationengerechtigkeit soll eine Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Pulheims gestaltet werden.*

*Dabei soll die Bürgerschaft frühzeitig in die großen und kleinen Projekte, beispielsweise im Bereich der Stadtplanung oder der Schullandschaft, in angemessener Form einbezogen werden.*

*Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Bildung und Chancengleichheit elementare Bestandteile einer zukunftsgerichteten Politik sind. Daher sollen die Bedingungen der Schulen weiter verbessert und Entwicklungen im Bildungsbereich Rechnung getragen werden. Die Betreuungsangebote in Pulheim werden bedarfsgerecht ausgebaut, um die Rahmenbedingungen für Familien in Pulheim weiter zu verbessern.*

*Für eine lebenswerte Stadt Pulheim spielt die Attraktivität der Ortszentren eine zentrale Rolle. Die Entwicklung der Innenstädte soll sowohl bei Wirtschaftsförderung als auch bei Wohnbebauung Priorität haben. Dazu zählt auch ein geeignetes Mobilitätskonzept, das die verschiedenen Fortbewegungsarten berücksichtigt und CO<sub>2</sub>-mindernd wirken soll.*

*Auch ein umfassendes Klimaschutzkonzept für Pulheim soll CO<sub>2</sub>-Einsparungen verwirklichen, dabei u.a. zu einem wirtschaftlicheren Umgang mit Energie führen und letztlich auch die Stadtfinanzen stärken.*

*Neue Baugebiete sind notwendig, um die Einwohnerzahl auf lange Sicht stabil zu halten. Langfristig streben wir die Innenentwicklung der Ortsteile an, um auf die Ausweisung neuer Baugebiete verzichten zu können. Aber die vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen sind ein wertvolles und endliches Gut. Daher entwickelt die Koalition bereits geplante Baugebiete mit den Bürgerinnen und Bürgern in engem Dialog und sieht eine zufriedenstellende Prüfung von Qualität und Finanzierung samt Folgekosten als Voraussetzung für Aufstellungsbeschlüsse. Wir begrenzen den Flächenverbrauch für Wohnbebauung und schaffen Anreize für ökologisches Bauen.*

*Es wird als wichtig erachtet, dass es weiterhin die Pulheimer Stadtwerke geben wird und das Eigentum am Strom- und Gasnetz in der Hand der Stadt Pulheim liegt.*

*Rechtsextremismus erteilen wir eine klare Absage. Die Koalition tritt für ein weltoffenes Pulheim ein.*

*Wir sind uns bewusst, dass im gegenseitigen Respekt vor kontroversen Positionen, z.B. beim Braunkohleabbau, der Kohleverstromung oder überregionalen Straßenbauprojekten, diese unterschiedlichen Positionen bestehen bleiben.*

*Die vereinbarten Ziele der Koalition weisen jedoch große Schnittmengen auf. Wir wollen, dass sich diese Zusammenarbeit auch in der Zusammensetzung des Verwaltungsvorstands widerspiegelt. Auf diesem gemeinsamen, umfassenden Fundament werden die CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Politik in Zukunft gestalten: zum Wohle der jetzigen und nachfolgenden Generationen.*

*Zwischen den Fraktionen besteht Einvernehmen hinsichtlich der folgenden Handlungsweisen:*

## **I. Finanzen, Haushalt und Wirtschaft**

Solide Finanzen sind das Fundament, um Pulheim zu gestalten. Wir streben daher den weiteren Schuldenabbau und den Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung an.

Hierdurch soll die finanzielle Eigenständigkeit der Stadt dauerhaft gesichert werden.

Der Haushalt soll gemeinsam verabschiedet werden. Da im Jahr 2015 eine Neubesetzung des für die Kämmerei verantwortlichen Dezernats erfolgen wird, streben wir die Verabschiedung eines Doppelhaushalts für die Jahre 2015/16 an.

Pulheim soll, soweit es möglich ist, die niedrigsten Hebesätze im Rhein-Erft-Kreis halten, um attraktiv für Gewerbeansiedlung zu bleiben.

Für den Haushalt soll als Steuerungsinstrument ein aussagekräftiges Kennzahlensystem entwickelt werden.

Wir werden ein Wirtschaftsförderkonzept erstellen. Dieses hat zum Ziel, den Einzelhandel in den Ortskernen der Stadtteile zu schützen und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Gleichzeitig wird sich die Stadt gezielt um die Ansiedlung von Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben in den Ortskernen kümmern. Hierdurch sollen zusätzliche Arbeitsplätze und finanzielle Einnahmen gesichert werden. Die Wirtschaftsförderung soll sich an konkreten Projekten orientieren. Der Bereich der Wirtschaftsförderung wird innerhalb der Verwaltung weiter gestärkt, im Bedarfsfall auch durch zusätzliches Personal.

Gewerbe- und Industriebetriebe sollen auf den bereits ausgewiesenen Flächen angesiedelt werden. Außerdem wird die Stadt brachliegende Liegenschaften in Zusammenarbeit mit den Eigentümern weiterentwickeln.

Zudem wird das vorhandene Einzelhandelskonzept weiterentwickelt. Ebenso werden wir – in enger Abstimmung mit den Beteiligten – die Einrichtung einer Fußgängerzone im Ortskern Pulheim anstreben.

Die Stadtwerke sollen in ihrer bisherigen Struktur erhalten bleiben und fortentwickelt werden. Das Bestreben der Stadtwerke, die Konzessionen für Strom und Gas zu erhalten, wird weiterhin unterstützt.

## **II. Kinder, Jugend und Familie**

CDU und Grüne stehen für eine familien- und kinderfreundliche Stadt. Hierzu gehören neben einer zuverlässigen und qualitativ guten Kinderbetreuung vielfältige Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien.

### **1. Kindertagesbetreuung**

Ein zentraler Baustein einer modernen Familien- und Bildungs- und Sozialpolitik stellt eine gute Kindertagesbetreuung dar. Daher fördern CDU und GRÜNE den kontinuierlichen Ausbau und dessen Weiterentwicklung. Kurz- und mittelfristig wird innerhalb von 24 Monaten ein ausreichendes Platzangebot für über und unter dreijährige Kinder geschaffen, welches dem tatsächlichen Bedarf voll entspricht. Bereits vorhandene Überbelegungen sollen abgebaut werden. Langfristig soll eine verlässliche Planung Bedarfe und mögliche Engpässe frühzeitig erkennen, so dass rechtzeitige Maßnahmen ergriffen werden können.

Dabei soll der Bedarf in jedem Ortsteil abgedeckt werden. Zur Betreuung von unter dreijährigen Kindern sollen auch die Plätze bei Tagespflege-Eltern ausgebaut werden, die sowohl eine für unter Dreijährige besonders wichtige personenbezogene und intensive Betreuung, als auch eine höhere Flexibilität ermöglichen.

Durch eine angemessene Ausstattung der KiTa's werden eine gute pädagogische Arbeit unterstützt und die Anforderungen an eine inklusive Betreuung auch von Kindern mit Behinderung erfüllt.

Der Ausbau der Kücheneinrichtungen der KiTa's wird vorangetrieben, um allen Kindern ein frisch gekochtes und gesundes Essen zu ermöglichen. Zur soliden Finanzierung wird ein monatlicher Pauschalbeitrag für das Mittagessen erhoben. Die unteren Beitragsgruppen erhalten eine angemessene Ermäßigung.

CDU und Grüne wollen bei Bedarf eine KiTa mit längeren Öffnungszeiten, damit Eltern auch bei einem veränderten Arbeitszeit-Gefüge Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Dabei soll die Gesamtbetreibungsdauer eines Kindes 45 h pro Woche nicht überschreiten.

## **2. Offene Ganztags-Grundschulen**

Im Anschluss an die Kindergartenzeit wird eine ganztägige Betreuung durch die OGS sichergestellt. Um die derzeitigen Engpässe abzubauen, verpflichten sich CDU und Grüne, innerhalb von 24 Monaten ein dem Bedarf entsprechendes Platzangebot zu schaffen. Auch hier soll langfristig eine verlässliche Planung Bedarfe frühzeitig erkennen und rechtzeitig bedienen können.

Wenn ausreichend OGS-Plätze geschaffen wurden, wird eine Flexibilisierung von Betreuungszeiten für Eltern, die für ihre Kinder nicht die volle Betreuungszeit benötigen, geprüft.

Die Qualität und angemessene finanzielle Ausstattung der OGS-Betreuung soll sichergestellt werden. Das Angebot in Pulheim wird nach einer transparenten und vergleichenden Betrachtung mit umliegenden Kommunen weiterentwickelt.

Zu den vielfältigen Angeboten der Stadt gehören u.a. starke Familienzentren, Spielgruppen und die bewährten Ferienbetreuungen, die dem Bedarf entsprechend gefördert und weiterentwickelt werden.

## **3. Kinder und Jugend**

Spielplätze sind wichtige Orte, an denen sich Kinder auch außerhalb von Schulzeiten aufhalten und ausleben können. Daher stellt der Erhalt intakter, attraktiver und pädagogisch wertvoller Spielplätze eine wichtige Aufgabe dar. Die Prioritätenliste der Spielplätze soll zügiger bearbeitet werden. Dazu wird die jährliche Investitionssumme angepasst und ausreichende Mittel zum Ersatz von nicht intakten Spielgeräten zur Verfügung gestellt.

Die Suche nach geeigneten Standorten für neue Bolzplätze wird mit dem Ziel intensiviert, dass in allen größeren Ortsteilen ausreichend Bolzplätze zur Verfügung stehen.

Ziel von CDU und Grünen ist ein Klima der gegenseitigen Toleranz, das Kindern und Jugendlichen eine freie und ihren Bedürfnissen entsprechende Entwicklung ermöglicht. Dazu wird ein "Freiraum-Konzept" erarbeitet, das insbesondere den Bedürfnisse von Jugendlichen im öffentlichen Raum gerecht wird.

Im Rahmen einer Neu-Konzeptionierung der freien Jugendarbeit soll die mobile (aufsuchende) Jugendarbeit in Verbindung mit den Trägern der Einrichtungen ausgebaut werden, ggf. auch personell. Dabei sollen die Jugendeinrichtungen (OT's) erhalten bleiben und ihre Angebote sich dem stets wandelnden Bedarf anpassen. Der Wirksamkeitsdialog soll fortgesetzt werden.

Um eine wirksame Kinder- und Jugendpolitik zu gewährleisten, erhält die Jugendhilfeplanung die notwendigen personellen Ressourcen.

Die Stadt unterstützt weiterhin Vereine und freie Jugendgruppen sowie deren Tätigkeiten im Bereich der freien Jugendhilfe in angemessenem Umfang. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Gruppen- und Proberäumen.

#### **4. Frühe Hilfen**

CDU und Grüne verfolgen das Ziel, durch Prävention Fehlentwicklungen und deren Folgen für die Betroffenen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Zudem lässt sich bei rechtzeitigem Handeln oft die Notwendigkeit von eingriffs- und kostenintensiven Hilfen zu Erziehung verringern.

Daher sollen die erfolgreiche Arbeit der Erziehungsberatungsstelle, das Konzept Frühe Hilfen sowie die Arbeit im Netzwerk Frühe Förderung fortgesetzt werden. Die erforderlichen Ressourcen für Familien-Hebammen und niederschwellige Angebote werden bereitgestellt. Kurse zur Gewaltprävention sollen über KiTa's, Schulen und Familienzentren angeboten werden.

Der Bereich der Erziehungshilfe und des Kinderschutzes soll durch die Kooperation zwischen KiTa's, Schulen, OGS, Jugendeinrichtungen und Trägern der freien Jugendhilfe gestärkt werden

### **III. Bildung und lebenslanges Lernen**

Bildung stellt eine der wesentlichen Schlüsselfunktionen für eine gute Zukunft, für eine funktionierende Wirtschaft und für ein intaktes soziales Zusammenleben dar. Daher sollen alle Kinder und Heranwachsenden die bestmöglichen individuellen Bildungschancen erhalten. Dies gilt gleichsam für Kinder mit und ohne Behinderung. Gute Bildungschancen sind auch der Schlüssel zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen. Gleichzeitig ist ein umfassendes Schulangebot ein entscheidender Standortfaktor für Familien. Die Stadt Pulheim bietet mit zahlreichen Grundschulen, zwei Gymnasien, einer Gesamtschule, einer Realschule sowie den auslaufenden Schulen eine vollständige Bildungslandschaft. Somit besteht eine umfangreiche Auswahl für Eltern, die für ihre Kinder eine geeignete Schule suchen.

Diese Vielfalt gilt es zu bewahren. Der Schulentwicklungsplan soll sukzessive fortgeschrieben werden. Die Zügigkeiten werden im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten sich ändernden Bedarfen angepasst. Die Entwicklung der Bildungslandschaft wird weiterhin durch den Bildungsbeirat begleitet. Das Bildungsbüro soll seine koordinierende und unterstützende Rolle fortsetzen.

CDU und Grüne unterstützen den Start der Gesamtschule Brauweiler mit der benötigten Ausstattung für ein gutes Lernumfeld aller drei Schulen am Standort Brauweiler. Dazu erforderliche Investitionen werden sorgfältig und in Abstimmung mit den Brauweiler Schulen geplant und umgesetzt. Wir werden die Zügigkeit der Gesamtschule jährlich überprüfen.

CDU und Grüne sind bestrebt, eine dem Bedarf entsprechende Schulsozialarbeit an allen Schulen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung und der daraus folgenden Reduzierung der Stellen wird der aktuelle Status auf Auskömmlichkeit überprüft. Unabhängig davon vereinbaren CDU und Grüne eine neue Stelle für die Gesamtschule Brauweiler. Die Koalition sieht jedoch Bund und Land in der Verpflichtung zur Finanzierung der Schulsozialarbeit.

CDU und Grüne investieren in moderne Lernlandschaften, die ein optimales Lernumfeld ermöglichen sollen. Dazu wird der Umbau des Campus Pulheim auf Basis des erstellten

Gutachtens schrittweise vorangetrieben, damit das Projekt bezahlbar bleibt und der Unterricht nicht übermäßig durch Baumaßnahmen beeinträchtigt wird.

Die Schulen erhalten eine angemessene und auskömmliche Ausstattung für guten Unterricht. Hierzu zählt auch eine zeitgemäße EDV-Ausstattung. Zum Werterhalt und zur Reduzierung von externen Reparaturkosten planen wir eine Neustrukturierung der Hausmeisterstellen an den Schulen, welche sich schulübergreifend in den verschiedensten Qualifikationen ergänzen sollen. Private Sicherheitsdienste werden im Gegenzug abgebaut.

Der eingeschlagene Weg der Inklusion wird fortgesetzt und gemeinsames Lernen an Grund- und weiterführenden Schulen gefördert. Dabei soll der Erhalt des Kompetenzzentrums mit individuellen Fördermöglichkeiten angestrebt werden. Investitionen, die im Rahmen der Inklusion notwendig werden können, werden im Einklang mit der Modernisierung der Schullandschaften geplant. CDU und Grüne suchen dann gemeinsam nach Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten.

CDU und Grüne verfolgen gemeinsam den Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ und erkennen die Wichtigkeit einer wohnortnahen Grundschule. Die Situation im Zentralort, welche durch den starken Zuzug entsteht, werden wir im Bedarfsfall durch einen weiteren Standort auffangen.

Zur Förderung von Demokratie und aktiver Beteiligung wird an weiterführenden Schulen ein Teilhabeprojekt für die Stufe 8 durchgeführt.

Unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens fördern CDU und Grüne weitere Projekte im Bereich der Erwachsenenbildung. Die Situation der VHS in der Stadt Pulheim muss auf einem guten Niveau gehalten werden.

#### **IV. Mitbestimmung, Bürgerrechte und Verwaltung**

Stadtverwaltung und Rat müssen die Menschen schneller und besser informieren.

Die Verwaltung baut dazu das elektronische Informationssystem SDnet des Stadtrats aus (durch beispielsweise RSS-Newsfeed, E-Mail-Push-Service,...).

Im Rathaus soll ein W-LAN den leichteren Zugang zum Internet ermöglichen.

Die Geschäftsordnung des Rates wird bürgerfreundlicher gefasst. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Gemeindeordnung NRW sollen künftig zu Beginn der Ausschusssitzungen behandelt werden. Die Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern in Rats- und Ausschusssitzungen sollen gestärkt werden, ohne dass die Arbeit von Rat und Ausschüssen beeinträchtigt wird.

Bürgerinnen und Bürger sollen Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse mittels Audio- und Videoübertragung im Laufe der Ratsperiode auch von zu Hause aus verfolgen können. Dazu werden wir Erfahrungen aus anderen Kommunen auswerten.

Zu größeren kommunalen Vorhaben, etwa neuen Bauten, sind früher als bisher Bürgerversammlungen einzuberufen. In geeigneten Fällen werden auch Bürger-Workshops durchgeführt.

Wir werden ein Verbesserungsvorschlagswesen unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger einführen. Auch die Einführung eines Bürgerhaushalts wird befürwortet. Dazu werden wir uns konkrete Beispiele aus anderen Kommunen anschauen. In einem Modellvorhaben sollen Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidung über die Verwendung finanzieller Mittel des Haushalts beteiligt werden. Auch eine größere Akzeptanz für die finanziellen Herausforderungen der Stadt wollen wir damit erreichen.

Auch junge Menschen sollen Möglichkeiten zur Mitgestaltung erhalten. Daher sollen stadtteilbezogene Fragestunden speziell für Kinder- und Jugendliche abgehalten werden, um deren Interessen besser zu berücksichtigen. Wenn ein weitergehender Bedarf erkennbar wird, soll ein eigener Beirat in geeigneter Form die Interessen von jungen Menschen in Pulheim vertreten.

Der Frauenbeirat wird für den Rat und seine Ausschüsse ein Antragsrecht erhalten.

Frauenförderpläne innerhalb der Verwaltung als wirksames Instrument der Frauenförderung müssen regelmäßig fortgeschrieben werden, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist durch ein geeignetes Angebot, z.B. an Sprachkursen, zu fördern. Flüchtlinge müssen menschenwürdig untergebracht und durch Beratung unterstützt werden.

Der Integrationsrat bekommt ein Antragsrecht für die Gremien des Rates.

Rechtsextremismus ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Die Stadt wird daher verstärkt lokale Projekte gegen Rechtsextremismus fördern und zum Thema aufklären.

Das Projekt „Stolpersteine“ soll durch die entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen in den Ortsteilen mit Unterstützung der Stadt umgesetzt werden.

Die Arbeit des runden Tisches gegen Rechtsextremismus wird ebenso wie das Bündnis Pulheim Putzmunter unterstützt.

Regelmäßige Berichte zum Rechtsextremismus in Pulheim und Umgebung sind von der Verwaltung zu erstellen und dem Rat vorzulegen.

Wir plädieren für die Einführung eines Qualitätsmanagement- und Qualitätssicherungssystems in der Verwaltung.

Die politischen Verhältnisse in Pulheim müssen sich in der Verwaltungsspitze widerspiegeln.

## **V. Mobilität und Verkehr**

Die Planung der Mobilität der Einwohnerschaft und Beschäftigten sowie der Gütertransporte sind wichtige Faktoren für die städtische Umwelt- und Lebensqualität.

Wir wollen daher ein Mobilitätskonzept erarbeiten, welches alle Ortsteile attraktiv gestaltet. Dabei sollen alle Verkehrsteilnehmer in gleichem Maße berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Ortsteile untereinander gut miteinander vernetzt sein.

Das Mobilitätskonzept dient als Ergänzung zum überarbeiteten Nahverkehrsplan und Teilklimaschutzkonzept Verkehr des Rhein-Erft-Kreises.

Unter Berücksichtigung der Planungen des Rhein-Erft-Kreises werden wir ein Stadtbussystem (barrierefrei) einführen und auf diese Weise das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) verbessern. Auch im Hinblick auf den demographischen Wandel mit zunehmendem Anteil älterer Menschen sehen wir hier eine besondere Notwendigkeit.

Das Gesamtkonzept zur Förderung des Fahrradverkehrs wird überarbeitet und fortgeschrieben. Dabei sollen vorhandene Radwege saniert werden, wo es notwendig ist. Die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms „Fahrradfreundliches Pulheim“ wird befürwortet.

Das Mobilitätskonzept soll auch mehr Sicherheit für nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmer/innen, wo nötig durch Verminderung von innerörtlichen Geschwindigkeiten und sicheren Überwegen, fördern.

Die Erhaltung vorhandener Straßen und Wege hat Vorrang vor dem Neubau.

Langfristig streben wir barrierefreie Fuß- und Radwege an.

Die Ortsumgehung Pulheim, 2. Bauabschnitt/Ostumgehung zwischen L183 und K9 wird abgelehnt.

## **VI. Klima, Umwelt und Stadtplanung**

### **1. Klimaschutzkonzept**

Die Koalitionspartner sind sich einig, zum Klimaschutz in ihrer Stadt beizutragen: Dazu gehört die Entwicklung und Umsetzung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes. Dieses Konzept betrachtet sämtliche Energieverbrauchssektoren (Verkehr, Haushalt, Gewerbe und öffentliche Gebäude). Die Zielvorgaben orientieren sich dabei am Landesklimaschutzgesetz NRW von 2013. Damit es zu einer zeitnahen Realisierung kommt, werden die erforderlichen Finanzmittel im Rahmen des Doppelhaushalts 2015/2016 eingestellt. Eine Teilnahme am European Energy Award (EEA) wird dabei geprüft.

Das existierende Teilklimaschutzkonzept für die städtischen Immobilien wird fortgesetzt und mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet. Bei Renovierungen wird ein besonderes Augenmerk auf die energetische Sanierung gelegt.

Das Projektmanagement für städtische Bauprojekte wird optimiert.

Die Stadtwerke Pulheim sollen in die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes einbezogen werden.

### **2. Ökostrom**

Wir vereinbaren nach Ablauf der bisherigen Verträge die Ausschreibung des Energiebezuges für städtische Gebäude für zertifizierten Ökostrom.

### **3. Messstation**

Die Errichtung einer Messstation soll die Pulheimer Bürgerinnen und Bürger über die aktuellen Feinstaubbelastungen informieren. Ist eine Finanzierung durch das LANUV NRW nicht möglich, werden alternative Finanzierungen, wie etwa eine interkommunale Zusammenarbeit, geprüft. Zudem erfolgt vorab eine sachkundige Analyse der vorliegenden Messwerte aus der Region. Die Ergebnisse sollen öffentlich zugänglich sein.

Sofern in der Verantwortung der Stadt, wird durch angemessene Maßnahmen eine Verminderung von Umweltgiften (z.B. Feinstäube) sowie die Reinhaltung der Atem-Luft und des Grundwassers angestrebt.

#### **4. Verpachtung von Ackerland**

Wir werden Richtlinien für die Verpachtung von städtischem Ackerland aufstellen. Dabei werden im Bedarfsfall die ortsansässigen, ökologisch produzierenden Landwirte bevorzugt.

#### **5. Landschafts- und Naturschutzgebiete**

Wir erhalten die Landschaftsschutzgebiete und fördern den Schutz bestehender und die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete. Beabsichtigte Eingriffe in diese Gebiete werden, im Rahmen der städtischen Handlungsmöglichkeiten, vermieden.

#### **6. Entwässerungssatzung**

Die Entwässerungssatzung soll überprüft werden. In geeigneten Fällen soll die Versickerung und Nutzung von Niederschlagswasser auf dem Grundstück ermöglicht werden.

#### **7. Artenschutz**

Der ländliche Raum hat eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Artenschutz. Deshalb unterstützen wir Projekte, die den Artenschutz und den Erhalt der natürlichen Landschaft fördern.

#### **8. Flächenmanagementsystem**

Ein nachhaltiges kommunales Flächenmanagementsystem wird für das Stadtgebiet Pulheim entwickelt und eingeführt. Durch dieses Managementsystem erreichen wir einen sorgsamen Umgang mit Freiflächen und Böden und nehmen so unsere Verantwortung für künftige Generationen wahr. Für die Entwicklung von neuen Wohn- oder Gewerbeflächen werden vorrangig Brachflächen und Baulücken im Innenbereich genutzt, dies beinhaltet auch Flächenrecycling und die Weiterentwicklung bestehender Baugebiete. Somit erhält die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung.

## **9. BP 99**

Das Verfahren zum BP 99 wird zurzeit nicht weiter verfolgt. Bündnis 90/Die Grünen stehen einer Ausweisung grundsätzlich sehr kritisch gegenüber.

## **10. BP 113 - 115**

Mit der Realisierung der Bebauungspläne BP 113 bis BP 114 (Pulheim Süd) soll einer negativen demografischen Entwicklung aktiv entgegen gewirkt werden. Diese sollen einer fiskalischen Auswirkungsanalyse und Folgekostenberechnung (siehe Antrag der lokalen Agenda vom 4. April 2014) unterzogen werden. Korrelierend und zur Stärkung der Innenstadtentwicklung wird die jährlich bebaubare Fläche begrenzt. Ein Bevölkerungszuwachs wird nicht angestrebt. Es wird ein genereller Verzicht auf den BP 115 geprüft.

Neben der sukzessiven Realisierung der BP 113, BP 114 und gegebenenfalls BP 115 werden keine weiteren neuen Baugebiete im Außenbereich ausgewiesen. Die Errichtung von besonders energieeffizienten Häusern, wie z.B. Passivhäusern, in diesen Bebauungsplänen wird durch ein Anreizsystem gefördert. Das Anreizsystem soll über den Kaufpreis gesteuert werden. Blockheizkraftwerke sollen bevorzugter Energielieferant sein.

Die Umsetzung eines Mehrgenerationenhauses oder Mehrgenerationenquartiers erhöht die Attraktivität des Modellcharakters.

Die Erschließung der Bebauungspläne 113-115 erfolgt im Falle einer Realisierung über eine zweite Anbindung von der Geyener Straße. Ein großräumiges Verkehrsgutachten ist Voraussetzung für die Bebauungspläne 113-115.

Im Rahmen der Innenentwicklung zu erneuernde Bebauungspläne sollen ökologische Standards berücksichtigt werden.

## **11. Möbelhaus Segmüller**

Abhängig von einer veränderten Ausgangslage beim Vorhaben „Möbelhaus“ werden Grüne und CDU gemeinsam eine Alternative erarbeiten.

## **12. Guidelplatz**

CDU und Grüne unterstützen eine zeitnahe und gütliche Umsetzung des Guidelplatzvorhabens.

Dazu gehören verkehrsberuhigende Maßnahmen, wie z.B. die Schaffung einer Tempo-30-Anordnung.

## **13. Umweltausschuss**

Um der gestiegenen Bedeutung von Klimaschutz- und Umweltschutzfragen auch auf kommunaler Ebene Rechnung zu tragen, vereinbaren CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Bildung eines eigenständigen Umweltausschusses.

## **VII. Stadtleben und Soziales**

CDU und Grüne nehmen die soziale Verantwortung der Stadt Pulheim wahr und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. So gelten für die gemeinsame Sozialpolitik die Ziele der Integration, der Teilhabe und des Erhalts der größtmöglichen Selbstständigkeit. Ausreichende und gute Freizeit-, Sport- und Kulturangebote dienen der persönlichen Erholung, Fitness, Gesundheit und Lebensfreude.

### **1. Demographischer Wandel als Chance**

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird zunehmend zum Erfolgsfaktor einer Stadt. Der demographische Wandel stellt gleichsam eine Herausforderung wie auch eine Chance für konstruktive Veränderungen dar. Einerseits verlangt der demographische Wandel umfangreiche Anpassungen über alle Angebote, Dienstleistungen und in der Altenhilfe. Andererseits steht eine wachsende Gruppe von Menschen mit viel Lebenserfahrung bereit, die aktiv sein will und sich für das Allgemeinwohl einbringen möchte.

CDU und GRÜNE unterstützen Bemühungen um altersgerechten Wohnraum, der zentral und in der Nähe von Versorgungseinrichtungen, therapeutischen Angeboten und ÖPNV-Anbindungen liegen soll. Modellhaft soll generationsübergreifendes Wohnen ermöglicht werden.

Eine aktive Altenpolitik und Beratungsmöglichkeiten sollen hilfsbedürftige Menschen und deren Angehörige unterstützen und Selbständigkeit und Selbstbestimmung möglichst lange erhalten.

Der Seniorenbeirat wird unterstützt. Vernetzungsangebote unter Senioren, ehrenamtliche soziale Arbeit und Projekte, die Alt und Jung zusammenbringen, werden gefördert.

Modelhaft wird ein Mehrgenerationsplatz eingerichtet, auf dem junge Menschen, Familien und Senioren ihre Freizeit gemeinsam oder nebeneinander verbringen können.

## **2. Leben mit Behinderung**

Die Notwendigkeit für Inklusion ist altersunabhängig und reicht weit über den Schul- und Kita-Bereich hinaus. CDU und GRÜNE wollen Menschen mit Handicap in alle Lebensbereiche einschließen und suchen bei strukturellen Defiziten nach geeigneten Lösungen. Eine möglichst weitgehende Selbständigkeit der Betroffenen ist auch hierbei oberstes Ziel. Neu- und Umbauten werden barrierefrei gestaltet und Bordsteine bei Erneuerungen abgesenkt. Für Bestandsbauten und den öffentlichen Raum wird ein Handlungskonzept zur barrierefreien Gestaltung erstellt.

## **3. Soziale Benachteiligung verhindern**

Soziale Benachteiligungen einzelner Menschen führen oft zu Scham und Rückzug. Daher ist ein behutsames Vorgehen erforderlich, um Ausgrenzungen entgegen zu wirken und Teilhabe zu ermöglichen. Ziel von CDU und Grünen ist eine integrative und helfende Sozialpolitik, die auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommt und wirksam ist. Neben der Altersarmut stehen insbesondere Kinder im Fokus, die von Armut bedroht oder betroffen sind. Unverschuldet an ihrer Situation können sie sich nicht aus eigener Kraft aus ihrer Notlage befreien. Die Folgen für ihre weitere Entwicklung und spätere Teilhabe sind dagegen gravierend.

Daher wird die Arbeit des Runden Tisches Armut mit den Schwerpunkten Kinder- und Altersarmut fortgesetzt und das Netzwerk aus ehrenamtlichen und professionellen Kräften ausgebaut. Der Armutsbericht wird im 3-Jahres-Rhythmus fortgeschrieben. Auf dieser Basis

werden geeignete Maßnahmen entwickelt, deren Umsetzung bei Bedarf von der Stadt auch finanziell unterstützt wird.

Darüber hinaus wird die Weiterentwicklung des Familienpasses geprüft. Ziel ist dabei zum einen eine stärkere Einbindung sozial schwacher Menschen als auch eine mögliche Regionalisierung.

#### **4. Gesundheitsförderung, Sport, Kultur und Freizeit**

Gesundheitserziehung und Suchtprävention müssen als gemeinsame Aufgabe von Gesundheits-, Familien-, Sozial- und Schulpolitik verstanden werden. Die Stadt soll im Falle von Suchterkrankungen Beratungsangebote vermitteln oder sicherstellen können.

Sport ist eine wichtige Freizeitbeschäftigung, die Gesundheit und soziale Kontakte fördert. Dazu ist der Erhalt eines vielseitigen Breitensportes innerhalb und außerhalb von Sportvereinen erforderlich. So werden weiterhin Sportanlagen möglichst bedarfsgerecht bereitgestellt, ergänzt durch öffentliche Lauf- und Reitwege. Ebenso sollen dezentral zugängliche Sportgeräte z.B. mit Hilfe von Sponsoring aufgestellt werden.

Das Sportstätten-Nutzungsentgelt wird nicht erhöht. Darüber hinaus erhalten Vereine die Gelegenheit, durch Eigenleistungen ihren Entgeltanteil zu reduzieren.

Bei der Fertigstellung der Bäderlandschaft sollen Kostensteigerungen vermieden werden. Durch die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes sollen auch die Betriebskosten in Grenzen gehalten werden. Die neuen Eintrittspreise werden angemessen und familienfreundlich gestaltet.

Die weitere Gestaltung des Nordparks und des Pulheimer See als Naherholungsgebiete werden im Einklang mit dem Naturschutz vorangetrieben. Innerorts sollen Grünflächen als kleine Oasen erhalten bleiben und öffentliche Plätze als Orte der Begegnung und des Austausches dienen.

CDU und Grüne fördern weiterhin Kultur und Brauchtum als wichtige Bausteine des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Stadt Pulheim bietet zudem ein ausgewogenes Angebot an Musik- und Theaterveranstaltungen. Ebenso unterstützt die Stadt die freie Kulturarbeit und kulturtragende Vereine in angemessenem Umfang.

Um dies zu fördern, werden der Betrieb und Nutzung des Kultur- und Medienzentrums auf den Prüfstand gestellt. Ziel ist hier eine Reduzierung der relativ hohen Betriebskosten bei gleichzeitig verbesserter Auslastung. Neue Investitionen sollen im Verhältnis zur erwarteten Nutzung stehen.

Das Synagogen-Projekt und die Stadtbildinterventionen werden unterstützt und die Kunstförderung im gewohnten Umfang fortgesetzt.

### **VII. Arbeitsweise der Koalition**

Zur zeitnahen und wirksamen Umsetzung dieses Vertrages finden turnusmäßig Koalitionsrunden vor den Sitzungen des HFA statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestehen aus den Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Weitere Gäste werden im gegenseitigen Einverständnis eingeladen.

Auf Wunsch eines Partners muss der Koalitionsausschuss außerordentlich einberufen werden.

Vor Sitzungen von Ratsausschüssen und vom Rat besetzten Gremien finden verbindliche Absprachen zwischen den Mitgliedern von CDU und Grünen in diesen Gremien statt. Die Abstimmung für die einzelnen Ausschüsse liegt in der Verantwortung der jeweiligen Sprecherin oder des Sprechers der Koalitionspartner für den Ausschuss. Bei Bedarf findet vor dem Ausschuss eine gemeinsame Sitzung der Ausschussmitglieder der Koalition statt.

Anfragen werden dem Koalitionspartner vorher mit der Möglichkeit zur Stellungnahme zur Verfügung gestellt.

Ratsanträge, die sich aus dem Koalitionsprogramm ergeben, werden grundsätzlich gemeinsam gestellt. Ratsanträge einer Fraktion werden vor Einreichung und vor Veröffentlichung vom Koalitionsausschuss vorgestellt, um eine Fraktionsberatung zu ermöglichen.

Ergänzend zu diesem Vertrag können aus gegebenem Anlass weitere Vereinbarungen getroffen werden.

Den Koalitionsvertrag für die Zusammenarbeit im Pulheimer Stadtrat 2014 – 2020,

unterzeichnen am Dienstag den 01. Juli 2014,

für Bündnis 90/Die Grünen:

für die CDU:

---

*Thomas Roth*  
*Fraktionssprecher*

---

*Werner Theisen*  
*Fraktions- und Parteivorsitzender*

---

*Anja von Marenholtz*  
*Stellv. Fraktionssprecherin*  
*Stadtverbandssprecherin*

---

*Hermann Schmitz*  
*Erster Stellv. Fraktionsvorsitzender*

---

*Klaus Groth*  
*Stadtverbandssprecher*

---

*Sebastian Nellesen*  
*Stellv. Parteivorsitzender*